

primitiv 66



gieren Macht wie bei einer Wahl, aber diejenigen, denen wir Macht geben, sind nicht beeinflusst von einer nächsten Wahl, weil sie ausgelost werden. Und sie sind kompetent, weil wir ihnen Zeit und Mittel geben, sich zu informieren. Es gibt Beispiele dafür: In Australien diskutiert eine ausgeloste Gruppe über die Entscheidung, ein Endlager für nukleare Abfälle zu bauen. Eine Debatte unter Politikern wäre zu riskant, sie können nicht langfristig denken. Für einen Volksentscheid ist das Thema zu technisch.

Wie soll die Arbeit einer solchen Gruppe konkret aussehen?

Im Fall von Brexit hätte ich 500 bis 1000 Briten ausgelost und ihnen drei bis fünf Monate Zeit gegeben, alle Argumente abzuwägen, zu diskutieren und dann zu entscheiden. Sie hätten alle nötigen Dokumente und jeden gewünschten Experten erhalten. Das Resultat

wäre viel überlegter gewesen als das, was wir heute haben.

Ich möchte Ihnen etwas zeigen. Das hier sind die Abstimmungsunterlagen für die nächste Volksabstimmung in der Schweiz. Informationsbroschüren über Vorlagen auf drei politischen Ebenen. Was halten Sie davon?

Wenigstens bekommen die Schweizer objektive Informationen. Die Leute in Grossbritannien erhielten so etwas nicht, obwohl das Thema so viel wichtiger war. Aber wer liest das alles? Dieses Büchlein über die nationalen Vorlagen allein hat 80 Seiten. Ein ödes Layout mit sehr kleinen Buchstaben? Wie viele Bürger verstehen die Vorlage wirklich? Warum lässt die Schweizer Regierung nicht 150 Personen auslosen? Sie müsste ihnen zwei Wochenenden Zeit geben, um sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen und für alle zu entscheiden.

Damit würde man alle anderen Stimmberechtigten von der Entscheidung ausschliessen. Das ist ein Demokratieabbau.

Nein. Ein Bürger zu sein, ist mehr, als wählen und abstimmen zu gehen. Ein Bürger soll eine aktive Rolle in der politischen Debatte spielen. Dadurch, dass man für jede Sachfrage wieder neue Bürger auslost, hätten immer mehr Leute die Gelegenheit, aktiv an der Politik teilzunehmen. Wahlen sollen daneben weiterhin stattfinden. In Irland wurde die Homo-Ehe möglich, weil man 66 ausgeloste Bürger mit 33 gewählten Politikern zusammenbrachte. Andere Bürger konnten Inputs geben. Am Schluss stimmten alle ab. Niemand wurde ausgeschlossen.

Politiker soll es also auch künftig geben.

Ich will nicht alle Politiker abschaffen. Aber ich würde sie mit einer ausgelosten repräsentativen Gruppe ergänzen. Zum Beispiel

Auslosen in der Politik



Athen

Im Athen des 4. und 5. Jahrhunderts v. Chr. wurden die wichtigsten Organe (Regierung, Volksgerichte und Beamte) aus der Masse der Athener Bürger ausgelost. Dazu dienten steinerne «Losmaschinen» (Bild).

Florenz

Vom 14. bis zum 16. Jahrhundert bestimmten die Bürger von Florenz ihre Regierung, den gesetzgebenden Rat sowie die Verwaltungskommissare per Los. Wie in Athen war die Amtszeit auf ein Jahr beschränkt. Andere italienische Städte kopierten das Modell.

Irland

Ein Gremium von 33 gewählten Politikern und 66 ausgelosten Bürgern hat von 2012 bis 2014 Teile der irischen Verfassung revidiert. Den finalen Entscheid fällt das Volk.

könnte eine Kammer des Parlaments ausgelost werden. Oder es werden für politische Vorlagen jeweils solche Gruppen ausgelost. Eine solche Auswahl ist schwerer zu korrumpieren. Und mein Vorschlag würde helfen, die wichtigen Themen unserer Zeit zu bearbeiten. Ich habe den Eindruck, dass die westliche Politik nicht mehr fähig ist, nur eine der grossen Herausforderungen zu bewältigen.

Zum Beispiel?

Migrationskrise, wachsende Ungleichheit, Klimawandel. Da passiert nichts. Politik ist heute meistens reduziert auf kleinteilige Ingenieurarbeiten an unwichtigen Themen.

Glauben Sie, dass sich ausgeloste Bürger dazu bewegen lassen, tagelang über politischen Vorlagen zu brüten?

Man darf die Leute nicht zwingen. Ausgelost würde aus der ganzen Bevölkerung. Aber wer gezogen wird, hätte die Wahl, zu entscheiden, ob er teilnehmen will. Man muss die Leute auch anständig bezahlen. Aber Menschen lassen sich gut motivieren, wenn sie das Gefühl haben, dass sie ernst genommen werden und dass ihr Entscheid zählt.

Was macht Sie so sicher?

Gehen wir zurück zur Homo-Ehe in Irland. Hätte man die Debatte über diesen Verfassungsartikel nur den Politikern überlassen, wäre es schiefgegangen. Das Thema ist zu emotional im katholischen Irland. Aber in diesem Gremium war eine sachliche Diskussion möglich. Die Motivation war sehr hoch.

Ihr Vorbild ist das antike Athen, wo das ganze politische System auf dem Los beruhte.

Die Athener haben um 500 vor Christus ihr Staatswesen auf einer solchen Tombola-Demokratie aufgebaut. Praktisch alle Ämter wurden unter den Athener Bürgern ausgelost und auf ein Jahr beschränkt. In der Renaissance wurde in vielen italienischen Städten wie Venedig und Florenz das Losverfahren eingesetzt. Am Anfang der Demokratie stand das Los, nicht die Wahl.

Wenn das Losverfahren so gut ist, wieso hat es sich nicht bis heute gehalten?

Nach den Revolutionen in Frankreich und den USA waren die Revolutionäre der Meinung, dass eine gewählte Elite die besten Ideen hat. Eine Herrschaft des Volkes war bei der Einführung von Wahlen nie beabsichtigt. Die Revolutionäre fürchteten die Demokratie. Für sie war es die Herrschaft des Pöbels.

Die Idee dürfte auf heftigen Widerstand der gewählten Politiker stossen.

Man muss die Politiker davon überzeugen, dass sie ihre Macht nicht weggeben, wenn sie die Bürger mitwirken lassen. Viele Politiker glauben ja, das Volk sei dafür nicht intelligent genug. Doch in vielen Ländern werden die Geschworenen eines Gerichtsprozesses per Los aus der Bevölkerung ausgewählt. Diese Menschen entscheiden je nach Land über Leben und Tod. Wir können ihnen auch zutrauen, über politische Vorlagen intelligent zu entscheiden. Die Politiker müssen die Bürger wie Erwachsene behandeln, dann verhalten sie sich wie Erwachsene. Aber im Moment behandeln sie sie nur wie Stimmvieh.

Schweizer Volksinitiative

Der Nationalrat soll künftig ausgelost werden

«Die Schweiz wird gelobt für ihr Milizsystem, dafür, dass alle Bürger Teil der Demokratie sind», sagt Charly Pache. «Doch das stimmt nur in der Theorie.» Auch hier werde nur eine Elite ins nationale Parlament gewählt. Zugang ins Bundeshaus erhalte, wer Zeit und Geld habe oder von Interessengruppen bezahlt werde. Das Volk werde dadurch nicht adäquat repräsentiert. Pache ist der Kopf der NGO «Génération Nomination». Die Nichtregierungsorganisation möchte, dass der Nationalrat in Zukunft per Los bestimmt wird. Eine entsprechende Initiative ist auch bereits formuliert. Sie sieht vor, dass jedes Jahr 50 neue

Nationalräte aus allen Schweizer Wahlberechtigten ausgelost werden und diese das Amt für vier Jahre ausüben. «Dann sitzen auch Erfahrene im Rat und nicht nur Neulinge.» Ausserdem müssten die Ausgelosten ein Jahr lang auf ihre Aufgabe vorbereitet werden. Wer ausgelost wird und dennoch nicht für vier Jahre in der grossen Kammer Politik machen möchte, kann das Mandat auch ablehnen. Die NGO ist nun daran, die Initiativ-Idee zu verbreiten. «Unsere Idee

muss vom Volk verstanden werden, sonst ist sie chancenlos.» Derzeit sucht die Gruppe Geldgeber, damit sie eine politische Kampagne lancieren und zu einem späteren Zeitpunkt tatsächlich Unterschriften sammeln kann. In den nächsten Wochen finden in der Westschweiz öffentliche Veranstaltungen statt. «Heute sind die meisten Nationalräte männlich, um die 55, Juristen, Unternehmer oder Funktionäre», versucht Pache



Charly Pache

das heutige Problem der Wahlen zu erklären. Die Gesellschaft bestehe aber auch aus Coiffeuren, Hausfrauen, einfachen Arbeitern. Ihre Werte seien heute im Nationalrat nicht vertreten. Natürlich könne das Los, sprich der Zufall, auch dazu führen, dass in manchen Jahren ein grösseres Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern oder den Altersgruppen auftrete, räumt Pache ein. Er wäre deshalb nicht abgeneigt, Quoten für Frauen oder Altersgruppen zu bestimmen. Doch das lasse die Initiative bewusst offen.

Ist der gewöhnliche Bürger wirklich der ideale Politiker? Wären diese Frischlinge den Lob-

byisten und Behörden-Experten nicht restlos ausgeliefert und einfach manipulierbar? Pache sieht diese Gefahr nicht. «Was mich heute erschüttert, ist, wie unverblümt offen die Politiker die Interessen von Wirtschaftsgruppen vertreten.» Mindestens zwei Drittel der Parlamentarier politisierten nicht für den gewöhnlichen Bürger, sondern für eine Branche. In den USA werde dies ja schon heute auf die Spitze getrieben. «Dort bestimmen sogar einzelne Firmen wie zum Beispiel der Saatgutproduzent Monsanto Gesetze.» Das dürfe nicht sein.

Laut Pache findet die Idee vor allem bei jüngeren Politikern Anklang. *Gordana Mijuk*